

Lehrreiche Zahlen!

In der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen „Reichspartei“ sitzen
26 Großgrundbesitzer,
39 höhere Beamte,
4 Professoren und
15 Großkapitalisten oder Syndici aus großen Industrieunternehmen.

Damit erkennen wir, welche Kreise in dieser angeblichen „Reichspartei“ maßgebend sind. Wo bleiben da die Vertreter der breiten Masse und der Mittelschichten in Stadt und Land von unserem Volk? Darum keine Stimme den Deutschnationalen! Was stimmt für

Seite 5.

Vergeßt es nicht!

Die republikanische Regierung Jägersp. Kämmerung hinterließ bei ihrem Abgang das Land völlig schuldlos! Der Staatsbankrott sollte zu ihrer Zeit im Jahre 1923 (ohne jegliche Inflation!) einen Überschuß von fast 1 Mill. Mark, im Jahre 1924 einen Abbruch von 1,7 Millionen Mark! Dann aber beginnt die „Wirtschaftskrise“ der „Faschisten“!

In 3 Jahren bürdeten sie dem Lande 17 Millionen Mark Schulden auf mit einer jährlichen Zinslast von 1 1/2 Millionen!

Darauf kommt noch: In diesem Jahre beträgt in den ersten 7 Monaten der Zinsbetrag (nach der amtlichen Mitteilung) über 9 1/2 Millionen Mark allein im ordentlichen Haushalt. Im außerordentlichen Haushalt fallen mindestens noch nach 2 1/2 Millionen Mark.

Das sind 12 Millionen Mark in 7 Monaten!!! Und wenn man von Reich noch 1 Million Mark mehr Steuerbereinigungen zu erwarten hat und wenn aus den braunschweigischen Steuern noch einige Millionen mehr eintommen (das sind allerdings „schöne“ Wägen für die braunschweigischen Steuerzahler!) — so sind das auch mehrere Millionen Mark Mehrschulden zu erwarten, z. B. für die Beamtenbezahlung. Wir werden also mindestens 8–10 Millionen Mark Schulden in diesem Jahre noch dazu bekommen!

Das sind mindestens 25 Millionen Mark im ganzen!!! Oder für jede braunschweigische Familie rund 250 Mark!

Das sind alles Tatsachen und keine Lügen, wie die Reichspartei behauptet!

Und das nennt sich nun „Wirtschaftskrise“! Und das nennt sich „Faschismus“! Und diese „Faschismus“ haben alle Reichsparteien und der „Wirtschaftsverband“ des Herrn Liebald von ersten bis zum letzten Zentner!

Beamtenspiegel, schaff! Ordnung!

Wählt Seite 5!

Deutschnationaler „Antifaschismus“.

Die Deutschnationalen verurteilen und Demokrate in den Augen der Wählerschaft mit antifašistischen Wägen verurteilen. Deshalb sei nochmals erinnert an den Brief, den die Deutschnationalen Führer und sonstige Vorgesetzte der Partei an den süddeutschen Reichstag in Berlin geschickt hat. In diesem Brief legte er den süddeutschen Wählern nahe, durch ihr Verhalten und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die von ihnen erwartete Stellung innerhalb der Partei und die Förderung ihrer Interessen bei ihr zu erkämpfen.

Dergl. fügte hinzu, daß es ihm sehr erwünscht wäre, wenn sich Herr Reichstag in gleicher Weise betätige.

Ministerpersonen in Braunschweig.

Gegenüber gesellschaftlich verbreiteten unwahren Darstellungen sei einmal derjenige Minister, die seit 1918 im Amt gewesen sind, auch nur einen einzigen feigen Penion erhält.

Ministerpersonen zählt der Freiheit Braunschweig nur an Minister aus der herzoglichen Zeit.

„Unser Banner hat nie geschwankt!“

Die Deutschnationalen bekennen sich zur Monarchie. Nach der wenigen Zeiten bekannnte der Deutschnationale Landtagsabgeordneter, sie seien die „Schüler des Thrones“. Davon hat man allerdings im November 1918, als es kritisch wurde um den Thron, nicht gemerkt. Jetzt ihrer monarchistischen Ehernung haben die Deutschnationalen beim Eintritt in die letzte Reichsregierung sich ausdrücklich verpflichtet müssen, die republikanische Verfassung zu schützen und die Symbole und Farben der Republik anzuerkennen. Sie taten es, um Minister zu erhalten.

Wie weit aber die politische Charakterlosigkeit der Deutschnationalen geht, ist daran zu erkennen, daß sie es fertigbekommen haben, einen Antrag auf Verlängerung des Republikanismus an erster Stelle mit dem Namen ihres Führers, des Grafen Helldorf, zu unterschreiben.

Dieses Geß verleiht dem früheren Kaiser die Würde nach Deutschland.

Um nicht aus der Regierung auscheiden zu müssen, unterschrieben die Deutschnationalen Monarchisten einen verurteilten Antrag, der doch nicht anders bedeutet als die Verlegung ihrer angeblichen Grundidee. Was aber tun diese Herren nicht alles um die politische Macht!

Und dann wagt es der Deutschnationale Führer zu sagen: „Unser Banner hat nie geschwankt!“

Dem Volke muß die Religion erhalten werden!

Deutschnationale Bundesräte ertränken sich jetzt in den Wahlversammlungen über die gottlosen Menschen, die aus der Kirche ausschließen sind. Und Demokrate tritt dieser Bewegung nicht. Unser Bundesverband hat, als vor Jahresfrist infolge der außerordentlich hohen Kirchensteuern eine Massenflucht aus der Kirche erfolgte, alle Mitglieder und Anhänger der Deutschen Deutschnationalen Partei angefordert, deshalb auf keinen Fall aus der Kirche auszutreten. Er hat es vielmals als Aufgabe eines jeden Demokrate erklärt, dahin zu wirken, daß eine solche Volksflucht entsteht.

Wie haben Verständnis dafür, wenn jemand aus weltanschaulichen Gründen und Gegnern aus der Kirche austritt. Es geht und aber das Verständnis für diejenigen, die nur wegen hoher Steuerleistungen aus der Kirche austreten, obwohl sie sonst die Meinung vertreten: Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben. So aber haben es in Braunschweig eine sehr beachtliche Zahl nicht etwa in schäblichen Betrieben leben. Es sei nur verwiesen auf den Deutschnationalen Landtagsabgeordneten und Gabrielanten Heile!

Der am 27. November die „Nationale Mitte“ wählte, der macht sein Kreuz auf

Liste 5

Deutschnationaler und Liebald-Gruppe („Wirtschaftsverband“).

Herr Abgeordneter Liebald hat in der letzten Zeit des letzten Landtags verurteilt, sich von der Regierungsmehrheit zu lösen. Er sah die hohen Wahlkosten der Reichsparteien bei der Landtagswahl voraus. Die Nation verlassen das linke Schiff.

Als es endlich darauf ankam, stimmte auch die Liebald-Gruppe wieder für die Reichsregierung. Der Wirtschaftsverband trägt die volle Verantwortung für die gesamte Politik dieser drei Jahre, auch für die Steuern, auch für die Steuererhöhung, die den Großgrundbesitzern und die breite Masse und die Wirtschaft belasten.

Er sagt auch, der Deutschnationale zum „Wirtschaftsverband“! Er schreibt:

„Haben die vier Abgeordneten des Wirtschaftsverbandes nicht die sämtlichen Ausgaben des Staatshaushalts seit Dezember 1924 mitberaten und mitbewilligt? Haben sie schädliche Einnahmen gemacht? Sie haben sich ausgesprochen. Sie haben die volle Verantwortung mit der sie tragen, und es liegt lediglich auf der Ausschreibung der Wähler spekulieren, wenn man jetzt die Verantwortung abschüttelt und auf andere (d. h. die Reichsparteien) abwälzen möchte. Die Wirtschaftsminister haben den Gedanken der Vermögensreform erst postuliert, als sie merkten, daß man mit dem Schlagwort „vom Sparen“ politische Wünsche machen kann. Damit war ihre Weisheit auch erschöpft.“

Das sagen die Deutschnationalen ihren Bundesverbänden zum Wirtschaftsverband. Sie verhehlen sie also noch, nachdem die Liebald-Gruppe den Wirtschaftsminister für ihre einseitige Großgrundbesitzerpolitik aufstellung geleistet haben. Das ist der Deal von den Deutschnationalen!

Trotzdem hat sich der Wirtschaftsverband des Herrn Liebald auch für die Wahl am 27. November wieder mit den Deutschnationalen und der Reichspartei verbunden! Die Bundesminister und Reichsminister haben sich also nach dem Bündnis des Herrn Liebald wieder dem Großgrundbesitzer und dem Großkapitalismus anschließen wollen, was das in den letzten drei Jahren geschehen ist.

Handwerker, Gewerbetreibende, Kleinhandwerker, Wollt ihr Euch denn hergeben?

Ihr gebt wirtschaftlich zum schändlichen Mittelstand und ihr gebt politisch zur Partei der nationalen Mitte.

Ihr könnt nur wählen

Seite 5!!

Demokraten und Angestelltenchaft.

Die Demokraten haben immer nach besten Kräften versucht, sich der Interessen der Angestelltenchaft anzunehmen.

Die Demokraten haben beim Arbeitslosenversicherungsgesetz die Leistungen für die Angestelltenchaft zu besser gemacht.

Die Demokraten stellen dabei auch einen Antrag auf Bildung besonderer Angestelltenabteilungen bzw. Ange-

Die Angestelltenchaft dankt ihr den Reichsparteien und dem Wirtschaftsverband. Es belästet den armen Mann ebenso wie den reichen. Reichsparteien und Wirtschaftsverband haben die Angestelltenchaft in Braunschweig noch früher ergriffen wie sonst im Reich.

Wählt Seite 5!

stellten. Das ist von Sozialdemokraten und Reichsparteien abgelehnt worden.

Die Demokraten (Herr Schneider) beantragten schon 1923 die Herabsetzung der Einkommensteuer bei Einkommen bis 4000 Reichsmark von 10 auf 5 Prozent. Die Reichsparteien und Wirtschaftsverbände lehnten ab.

Die Demokraten verlangten eine Denkschrift zur Feststellung der Kosten für die Herabsetzung des Angestelltenversicherungssatzes von 65 auf 60 Jahre.

Die Demokraten beantragten, sich die finanzielle Möglichkeit zur Durchführung dieses Beschlusses ergab, die Herabsetzung des Versicherungsatzes. Die Reichsparteien, Wirtschaftsverbände und Zentrum lehnten ab.

Die Demokraten waren die Kampfer für das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das sehr wichtig ist für die Angestelltenchaft. Die Deutschnationalen stimmten sich geschlossen, die Reichspartei zum größten Teil dagegen, die Wirtschaftsverbände gar.

Die Demokraten brachten einen Gesetzentwurf ein, der Sozialversicherung für die älteren Angestellten vorseh, weil sie in besonderen der Stellenlosigkeit zu leiden haben.

Die Demokraten beantragten, daß für Arbeitslosen in Umfang von mindestens 25 Prozent zu geben sei. Das wurde gegen die Reichsparteien angenommen.

Die Demokraten beantragten, sich gegen die Reichsparteien eine Besetzung der Beamtenstellen im Arbeitslosenversicherungsgesetz, die die Angestellten und reichlichen Angehörigen benachteiligen.

Die Demokraten verlangten vorgelegt gegen die Reichsparteien erhöhte Leistungen der Angestelltenversicherung für die Angestellten und ihre Hinterbliebenen. Das ist sehr wohl möglich, wenn man die erheblichen Vermögensverluste mindert.

Die Demokraten werden künftig noch mehr als bisher für die Angestellten annehmen können, wenn die Angestelltenchaft bei der Wahlen ihre Stimme abgibt nicht für rechts und nicht für links, sondern für die nationale Mittelpartei,

Die Seite 5!

Demokratische Anträge zur neuen Beamtenbesoldung.

Die Demokraten haben schon im Mai und Juni d. J. Anträge gestellt, um eine allseitige Erhöhung der Beamtengehälter ab 1. April 1927 durchzuführen. Dieses Anträge erreicht werden, daß dem 1. Juni als Voraussetzung auf die in Aussicht gestellte Gehaltserhöhung erfolgen sollte.

Wenn alle demokratischen Anträge, die die Beamten schon vor dem 1. Oktober irgendeine Hilfe bringen wollten, sind abgelehnt durch eine Mehrheit der Deutschnationalen, der Deutschen Reichspartei, des Zentrums und der Reichspartei.

Bei den letzten Beratungen beantragten die Demokraten:

1. Den Reichsbeamten soll neben dem Grundgehalt kein Wohnungsgeldzuschuß, sondern ein Ortszuschlag zu zahlen.

2. Die diätarische Dienstzeit darf 5 Jahre, bei Versorgungsantritt 4 Jahre, bei den vor dem 1. Januar 1925 eingestellten reichlichen Beamten der Deutschen Reichspartei 8 Jahre nicht übersteigen. Die Zahl der einzuwählenden Beamten ist alljährlich von dem zuständigen Minister im Einklang mit dem Reichsminister der Finanzen festzusetzen.

3. Auf das Besoldungsstellenalter wird immer die Zeit des Vorbereitungsdienstes angerechnet, die bestimmungsgemäß 1 Jahr übersteigt und nach dem 20. Lebensjahr abgeleitet worden ist. Bei den vor dem 1. Januar 1925 eingestellten reichlichen Beamten der Deutschen Reichspartei sind die drei ersten Dienstjahre einer Vorbereitungszeit gleichzusetzen.

4. Den Versorgungsbeamten soll bei der ersten planmäßigen Anstellung bis zu 7jähriger Dienstzeit 1 Jahr, bei mehr als 7jähriger Dienstzeit die tatsächlich abgeleitete Dienstzeit bis zu 7 weiteren Jahren auf das Besoldungsstellenalter angerechnet werden.

5. Die im Kriege abgeleitete Militärdienstzeit einmündig der nachfolgenden Beschäftigung bei öffentlichen Behörden ist, soweit sich nicht aus diesem Geß etwas Ähnliches ergibt, bis zu 3 Jahren auf das Besoldungsstellenalter angerechnet.

6. Die Berücksichtigung des Besoldungsstellenalters soll aber nicht dazu führen, daß jeder als nach 23 Besoldungsstellenalters das Gehalt erreicht wird.

7. Bei Einmündung einer Dienstwohnung soll diese dem Beamten mit einem Betrag, den die zukünftige Höhe unter Berücksichtigung der zeitlichen Verrentung festsetzt, auf den Ortszuschlag angerechnet werden.

8. Verbeiratete reichliche Beamte sollen die Hälfte des Ortszuschlages erhalten, unter gewissen Voraussetzungen auch den vollen Ortszuschlag.

